



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

(Die Genehmigung des Protokolls durch den Stadtrat steht noch aus)

Behandlung der Erweiterung des OB-Büros durch den neuen Stadtrat
-Gemeinschaftsantrag von Stadtrat Dr. Meyer und Stadtrat Ettinger vom 21.04.2020-

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Finanz- und Personalausschuss	23.04.2020	Entscheidung

Hiermit stellen wir in Ansehung der Tagesordnung des Finanz- und Personalausschusses in der Sitzung am 23. April 2020 folgenden

Antrag:

Die Entscheidung über die personelle Erweiterung des OB-Büros wird dem neu gewählten Stadtrat vorgelegt und nicht, wie geplant, dem Ferienausschuss.

Begründung:

Die jährlichen Kosten werden mit 451.275,00 EUR angegeben, das bedeutet für die kommende Legislaturperiode Mehrkosten von mindestens 2,7 Mio. EUR. Diese Mehrkosten können zu rechtfertigen sein, um eine effektivere Verwaltung zu gewährleisten, allerdings sollte die Entscheidung darüber transparent und einwandfrei legitimiert sein. In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte besonders hervorzuheben:

- 1) Der Ferienausschuss des Stadtrates wurde aktuell einberufen, um während der Coronakrise die Geschäfte weiterzuführen. Entscheidungen, die nichts mit der Coronakrise zu tun haben, sollten im Plenum des Stadtrates getroffen werden. Beschlüsse über künftige Verwaltungsstrukturen sollten zudem nicht dem alten Stadtrat, dessen Mandat kürzlich ausläuft, vorgelegt werden, sondern dem Gremium, das die nächsten sechs Jahre mit diesen Strukturen zusammenarbeiten soll. Kritisch anzumerken ist auch, dass im Ferienausschuss nicht alle Gruppierungen vertreten sind. Es wäre ein fragwürdiges Signal des neuen Oberbürgermeisters und des alten Stadtrates, diese weitreichenden strategischen Entscheidungen dem neugewählten Gremium vorzuenthalten.
- 2) Grundsätzlich muss unserer Ansicht nach die inhaltliche Abgrenzung zwischen den Aufgaben der neuen Stellen und des bestehenden Direktoriums klarer herausgestellt werden, um über die Notwendigkeit dieser beträchtlichen Stellenmehrung abschließend entscheiden zu können.
- 3) Dass das Rathaus auch mit der gegenwärtigen personellen Situation handlungsfähig ist, kann man den täglichen Pressemitteilungen entnehmen. Daher ist die Entscheidung über diese zusätzlichen Stellen nicht derart zeitkritisch zu sehen, dass nicht der neue Stadtrat damit befasst werden könnte

Beschluss:

Finanz- und Personalausschuss vom 23.04.2020

Der Gemeinschaftsantrag wird gegen 1 Stimme abgelehnt.